

Zur Verantwortung des Christen – Freiheit in einer vernetzten Welt

GERHARD KRUIP

Im folgenden dreiteiligen Vortrag geht es erstens um die Frage, welche Lehren aus den Ereignissen vom 11. Septembers zu ziehen sind. Diese Ereignisse haben sehr viel mit der Verantwortung von Christen und natürlich auch dem Thema „Freiheit in einer vernetzten Welt“ zu tun.

Im zweiten Teil soll von den aktuellen Debatten um das Thema „Globalisierung“ ausgegangen werden. Der Horizont einer globalisierten Welt impliziert die These, dass Recht und Freiheit des deutschen Volkes nur verteidigt werden können, wenn zugleich Recht und Freiheit eines jeden Volkes auf dieser Welt Fortschritte machen.

Einen ähnlichen Gedanken finden Sie auch im Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom September des letzten Jahres, das ich Ihnen als Lektüre sehr empfehle. Dort heißt es: „Die Welt ist auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.“ Sie kennen die These von der strukturellen Gewalt von Johann Galtung, die hier wahrscheinlich im Hintergrund steht. Eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik muss weit mehr umfassen, als Sicherheitspolitik in einem engen Sinn.

Im dritten Teil zum Thema Verantwortung von Christen möchte ich deutlich machen, worin diese Verantwortung besteht und welche Schwierigkeiten sie heute zu bewältigen hat.

I. Lehren aus den Ereignissen des 11. Septembers

In den letzten Wochen ist über diese fürchtbaren Terrorakte viel geschrieben worden. Es lässt sich allerdings nicht alles einfangen, was man in den Feuilletons verschiedenster Zeitungen und auch in den politischen Kommentarspalten dazu lesen konnte. Es ist aber sicherlich deutlich, das wir nach dem 11. Sep-

tember über das Thema „Freiheit in einer vernetzten Welt“ anders sprechen müssen. Sie haben die Bilder dieser Ereignisse noch vor Augen: Die beiden Flugzeuge, die in die Türme des World Trade Centers hineinrasen, die in sich zusammenstürzenden Türme, das brennende Pentagon. Und sie erinnern sich wahrscheinlich auch an das Gefühl, welches Sie hatten, als Sie diese Bilder sahen, dass es sich hier nämlich um ein Ereignis handelt, das vielleicht eine Epochenwende anzeigt. Das Ereignis hat tatsächlich historische Qualität und wird uns noch lange beschäftigen. Auch wenn wir mittlerweile dadurch abgestumpft sind, dass dieses Thema in den Medien sehr breit behandelt worden ist, sollten wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Meines Erachtens sind mindestens drei Einsichten zu benennen, die uns dieses Ereignis lehrt.

a) Es ist deutlich geworden, wie verletzlich unsere modernen Gesellschaften sind. Das hat uns aus alltäglichen Selbstverständlichkeiten aufgeschreckt. Der Schrecken hat aber vielleicht aber eine positive Seite. Es besteht nämlich die Chance zu erkennen, dass uns die Lebensmöglichkeiten in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft nicht in den Schoß fallen, sondern immer wieder neu gesichert, errungen und notfalls eben auch verteidigt werden müssen. Für die heute lebenden Generationen jüngeren und mittleren Alters, die den Zweiten Weltkrieg und vielleicht sogar auch die Zeit des Kalten Krieges nicht mehr so deutlich erinnern, ist das ein wichtiges Signal. Die Errungenschaften moderner Gesellschaften, die wir ja alle sehr gerne in Anspruch nehmen, sind nicht für alle Zeiten gesichert. Es muss an diesem Fortschritt durchaus immer weiter gearbeitet werden. Die Geschichte ist eben nicht, wie dies kurz nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus von Francis Fukuyama

behauptet wurde, zu ihrem Ende gelangt. Sie geht weiter. Aber wenn wir für diese Zukunft unserer Gesellschaften Orientierung suchen wollen, dann geht dies natürlich nicht mehr vor dem Hintergrund der Folie des alten Ost-West-Gegensatzes oder solcher ideologischer Frontstellungen wie „Freizeit oder Sozialismus“, die schon antiquiert waren, als sie noch zu Wahlkampfzwecken eingesetzt wurden. Wir brauchen heute einen anderen Orientierungsrahmen, um die Weltsituation zu verstehen.

b) Die Gefahren für die Freiheit lauern nämlich an anderer Stelle. Bedroht ist sie heute durch Terroristen und religiöse Fundamentalisten. Es gibt keine Freiheit ohne ein Mindestmaß an Sicherheit. Deswegen müssen wir auch versuchen, ein sinnvolles Maß an Sicherheit gegen terroristische Übergriffe zu gewährleisten. Es kann aber sein, dass diese Freiheit, die wir schützen, nicht nur von den Terroristen bedroht ist, sondern auch durch uns selbst. Nämlich dann, wenn diese Terroristen uns in ein Sicherheitsdenken hineintreiben, durch das wir selbst die Freiheit zu sehr einschränken, weil wir meinen, uns aus Sicherheitsgründen einmauern zu müssen.

Ich will damit nicht sagen – und das betone ich ausdrücklich – dass es nicht sinnvoll wäre, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, nach Terroristen zu fahnden und sie zu bestrafen, vielleicht sogar unter bestimmten Voraussetzungen gegen Staaten in den Krieg zu ziehen, die nachweislich Terroristen unterstützen. Aber ich denke, moderne Gesellschaften können nicht in Form von Sicherheitsstaaten überleben. Sie brauchen – um der Dynamik ihrer Entwicklung willen – Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Bewegungsfreiheit, wissenschaftliche und unternehmerische Freiheit, den Schutz der Privatsphäre und eine Reihe weiterer Grundrechte. Deswegen müssen wir uns wehren gegen mögliche regressi-

ve Tendenzen, gegen den Hang zu kleinräumigen, übersichtlichen, kulturell homogenen Gesellschaften mit hoher Sozialkontrolle, also in Richtung einer Abkehr von der offenen Gesellschaft. Solche Tendenzen scheinen nicht ausgeschlossen. Es wäre ein mögliches Szenario, dass wir uns in gewisser Weise zurückentwickeln zu einer Welt, die viel weniger vernetzt, viel weniger globalisiert ist, als unsere heutige Welt.

Es gibt Sozialwissenschaftler, die bereits von der Gefahr einer „Medievisierung“ unserer modernen Gesellschaften sprechen, also einer regressiven Rückentwicklung in Richtung von Zuständen wie sie im Mittelalter herrschten. Das hätte unglaublich hohe politische, ökonomische und kulturelle Kosten. Unsere Gesellschaften würden durch eine solche Regression in einer Weise verarmen, die wir alle nicht wollen können. Wir würden in letzter Konsequenz zerstören, was wir zu schützen versuchten.

Moderne Gesellschaften brauchen die von mir genannten Freiheiten. Sie können letztlich nicht nachhaltig nach dem Grundsatz funktionieren: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In Gesellschaften, in denen das gegenseitige Vertrauen der Menschen zerstört ist, wachsen die Kosten der Kontrolle ins Unermessliche. Die modernen Gesellschaften brauchen ein minimales Maß an gegenseitigem Vertrauen, sonst gibt es kein erfolgreiches wirtschaftliches Handeln, keinen wissenschaftlichen Fortschritt, keine Demokratie. Der Grundsatz muss also lauten: Kontrolle ist gut, aber wenn wir einander vertrauen können, ist das viel besser. Kant hat in seiner Friedensschrift gesagt, dass man im Krieg sogar in gewisser Weise Vertrauen in den Feind haben müsse. Wo Vertrauen fehlt, klafft zwischen den Menschen ein Abgrund, der noch tiefer trennt als der Krieg.

c) Die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme, die wir für unsere modernen Gesellschaften brauchen, ist eine minimale, von allen Mitgliedern dieser Gesellschaft geteilte Moral und ein auf dieser Moral aufbauendes Recht. Das heißt aber zugleich, die Freiheit kann nicht allein gesichert werden, sondern immer nur zu-

sammen mit Regeln, die natürlich auch einen Verzicht auf Freiheit bedeuten. Wenn wir nämlich den Naturzustand verlassen, in dem – wie Hobbes annahm – der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, weil es keine Regeln gibt, findet die Freiheit dort ihre Grenze, wo die Freiheit des anderen beginnt. Frieden kann es nur dort geben, wo die Freiheit solche Grenzen findet und wo das Recht diese Grenzen in gerechter Weise definiert. Diese die Freiheit einengenden Grenzen dürfen nicht zu eng gezogen werden, sonst führt das z.B. zur Unterdrückung von individuellen und notwendiger Weise verschiedenen Projekten „eigenen Lebens“; auch zur Unterdrückung von Verschiedenheiten, von Minderheiten, von Kulturen. Diese Grenzen dürfen aber natürlich auch nicht zu weit gesteckt werden, weil sonst die notwendige Sicherheit und gesellschaftliche Integration nicht gewährleistet werden können.

Daraus folgt aber auch der Grundsatz: Recht und Freiheit zu verteidigen, bedeutet immer, Recht und Freiheit *aller* Menschen zu verteidigen. Das lässt sich nicht von einander trennen. Deshalb könnte das Thema des Vortrags eigentlich auch lauten: Freiheit und Gerechtigkeit für alle in einer vernetzten Welt. Und Gerechtigkeit bedeutet mindestens: Niemanden ausschließen, niemanden zum Opfer zu machen, niemanden an den Rand zu drängen, niemanden das Lebensnotwendige zum Überleben zu nehmen.

Aber was passiert weltweit? Welche extremen Ungleichheiten gibt es weltweit? 20 Prozent der Menschheit verfügen über 80 Prozent der Ressourcen. Man könnte eine ganze Serie solcher Statistiken über himmelstreichende Ungleichheiten herunterbeten. Damit sind wir aber wieder beim 11. September. Dies bedeutet keinesfalls eine Legitimation dieser terroristischen Akte. Ich möchte auch nicht behaupten, dass sie Konsequenz von Ungerechtigkeit und Armut sind. Denn die Terroristen, die sie verübt haben, auch nicht Osama bin Laden, sind natürlich in keinsten Weise Arme oder Ausgebeutete. Ich vermute aber, dass ihr Hass und der Nährboden, auf dem dieser Terrorismus wächst, nur erklärbar sind, wenn man annimmt, dass diese Terroristen

sich offenbar die Kränkung zu Eigen machen, die viele gläubige Menschen empfinden, wenn sie sich von der dominanten westlich-säkularisierten Welt überrannt fühlen.

Auch wir im Westen haben oft das Gefühl, dem Globalisierungsprozess ohnmächtig gegenüber zu stehen und Tendenzen ausgeliefert zu sein, die wir nicht beeinflussen können. Wie mag es dann erst solchen Menschen gehen, die im Globalisierungsprozess eine fremde und ökonomisch und militärisch weit mächtigere, über ihre Interessen hinweggehende Macht am Werk sehen? Menschen die weniger gebildet sind, weniger Kommunikationsmöglichkeiten haben, große ökonomische Probleme haben und die in Staaten leben, die ihnen nicht einmal die wichtigsten Grundrechte garantieren. Ich denke es ist verständlich, dass manche Menschen gegenüber diesem Prozess der Globalisierung nicht nur skeptisch sondern ablehnend und vielleicht sogar mit Hass reagieren.

Man muss auch zugeben – und selbst in den USA gibt es solche Stimmen, die das namhaft machen – dass die USA leider selbst immer wieder zu dieser Vorstellung beigetragen hat, dass es im Globalisierungsprozess sowieso nur um die Interessen der Reichen und der Mächtigen geht. Denken wir nur an die Ablehnung des Kyoto-Protokolls oder die Weigerung der USA, der Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs zuzustimmen. Nicht umsonst ist nicht nur das Pentagon als Symbol militärischer Macht angegriffen worden, sondern auch das World Trade Center als Symbol eines vor allem von ökonomischen Prozessen vorangetriebenen Globalisierungsprozesses. Der religiöse Fundamentalismus auch in den islamischen Ländern ist eben doch zu einem gewissen Grad eine Gegenreaktion gegen einen vom Westen, vor allem von den USA dominierten, globalen Modernisierungsprozess, und zwar gegenüber einem Modernisierungsprozess, der höchst unsensibel ist gegenüber anderen Kulturen und anderen Religionen. D.h. wir müssen uns klarmachen, Gerechtigkeit ist nicht nur ein Problem der Verteilung materieller Güter, sondern es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Kulturen,

Interview des Hessischen Rundfunks nach dem Vortrag mit Prof. Dr. Gerhard Krup (v.l.) und den Seminarteilnehmern HptFw Thomas Brandt, Veitshöchheim, und StFw Hans Joachim Oster, Bad Neuenahr-Ahrweiler

der wechselseitigen Anerkennung der existenziellen Überzeugungen der anderen.

Wenn wir ernst nehmen, dass die Welt zu einer „vernetzten Welt“ geworden ist – was ja auch bedeutet, das wir uns nicht ausklinken können – dass wir massiv von den anderen und von Entwicklungen in anderen Ländern abhängig sind, dann gibt es eigentlich in dieser Situation nur die Chance, den Globalisierungsprozess aktiv und nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu gestalten. Wir können die Probleme nicht mehr durch Rückzug auf eine nationalstaatliche Ebene lösen, sondern nur noch in weltweiter globaler Kooperation. Das gilt sicherlich auch für die Sicherheitspolitik, die in enger Verzahnung mit einer solchen gerechteren Gestaltung von Globalisierung betrieben werden muss.

Im Wort der deutschen katholischen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom September letzten Jahres heißt es: „Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vordringliche Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen zu schützen, anstatt ihnen beizustehen.“ Und so kommen wir noch einmal auf den Grundgedanken zurück, den schon Papst Paul VI. geäußert hat: Entwicklung – und zwar globale Entwicklung für alle Menschen in gerechter Weise – Entwicklung ist „der neue Name für Frieden“. (Populorum Progressio)

Nach diesen einleitenden Bemerkungen, in denen ich versucht habe, die mir wesentlich erscheinenden Konsequenzen aus den Ereignissen des 11. Septembers zu ziehen, möchte ich nun etwas detaillierter auf das Stichwort Globalisierung eingehen, denn das scheint mir für unser Selbstverständnis als Christen in dieser vernetzten Welt zentral zu sein.

II. Globalisierung

a) Ökonomische und soziale Auswirkungen

Der Begriff Globalisierung meint zunächst nur, dass Menschen und Organisationen über die bisherigen Grenzen ihrer Handlungsräume hinaus in Kontakt zueinander treten, miteinander kommunizieren, Handel treiben, Kooperationen eingehen, politische Beziehungen knüpfen – und dass in einer Weise tun, dass praktisch die gesamte Welt mehr oder weniger in dieses Netzwerk einbezogen ist. Der Prozess einer Verdichtung eines solchen Netzwerkes ist in der Weltgeschichte eigentlich nichts Neues. Genauso wenig ist aber neu, dass es sich dabei meistens um Prozesse handelt, die mit den bisherigen neutralen und relativ unschuldigen Begriffen doch nicht richtig beschrieben sind. Denn an ihnen sind sehr ungleiche Partner beteiligt, die mit sehr ungleichen Ausgangspositionen in den Prozess eingestiegen sind oder auch in ihn hineingezwungen wurden und deshalb auch sehr ungleich von ihm profitieren. Es werden eben auch Kulturen zerstört, in ihrer weiteren eigenständigen Entfaltung abgebrochen. Es werden lokale Ökonomien zerschlagen, die Menschen in Abhängigkeit gebracht, ihre Arbeitskraft ausgebeutet und das nicht nur zu Gunsten ausländischer Konzerne, sondern auch der vor Ort ansässig gewordenen Eliten.

Die entscheidenden Triebkräfte

des Globalisierungsprozesses sind neben den wirtschaftlichen Interessen: Dramatisch gesunkene Informations- und Transportkosten, sowie ein politisch gewollter Abbau von Handels- und Kapitalverkehrsschranken. Deshalb spielen räumliche Distanzen eine immer geringere Rolle. Weil immer weniger Zeit zum Überbrücken räumlicher Distanzen benötigt wird, kommt es zu einer bislang kaum vorstellbaren Beschleunigung von Entwicklungen. Ein hoher Anteil dieser Austauschbeziehungen spielt sich innerhalb weltweit operierender Unternehmen ab. Wissensströme, Technikentwicklungen, Produktionsverfahren und Managementstrategien werden weltweit optimal komponiert und integriert. Viele Güter, die wir tagtäglich kaufen, gibt es deshalb nur noch „made in the world“. Produkte, Produktionsstandorte, Dienstleistungen, Kapitalanlagen und Arbeitskräfteangebote aus allen Teilen der Welt treten miteinander in direkte Konkurrenz. Und es ist klar, diese Konkurrenz löst Ängste aus, sowohl bei Produzenten in Ländern der so genannten Dritten Welt, die nicht wissen, ob sie mit finanzstarken multinationalen Unternehmen werden konkurrieren können, wie aber auch bei uns, vor allem bei weniger qualifizierten Arbeitnehmern, denn deren Arbeitsplätze sind durch die Globalisierung bedroht.

Globalisierung bedeutet also für einige eine erwünschte, für viele aber auch eine erzwungene und insgesamt eine bislang kaum regulierte wechselseitige Konfrontation mit den

möglicherweise besseren Produkten, geringeren Lohnkosten, niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards, höheren Zinsen und Renditen der jeweils anderen. Das erzeugt einen Anpassungsdruck, der noch verschärft wird durch die große Unübersichtlichkeit insbesondere bei den Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten und die wachsende Unsicherheit darüber, welche möglicherweise nur kleinen Fehler große wirtschaftliche Schäden hervorrufen können. Sie erinnern sich sicherlich an die vielen Finanzkrisen, die um die Welt wandern, die Asienkrise, die Russlandkrise, die Mexikokrise im Moment die Argentinienkrise usw.

Wenn Geldsummen unübersehbaren Ausmaßes zwischen den Finanzplätzen in spekulativer Absicht – längst abgekoppelt von den Güterströmen – hin- und hergeschoben werden, schaukeln sich falsche Wirtschaftspolitiken und irrationale Ängste in einer Weise hoch, dass man im Blick auf das Verhalten der Akteure vieles nur noch mit Begriffen wie Herdentrieb und Panikreaktion erklären kann. Dadurch werden Krisen ausgelöst, die einzelne Länder in ihrer ökonomischen Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen können und Millionen von Menschen in Armut stürzen. Natürlich sind die betroffenen Länder häufig auch mit beteiligt. Auch interne Faktoren spielen eine Rolle. Dazu gehören etwa mangelnde Bankenaufsicht, fehlende Rechtssicherheit, Korruption, lang verschleppte Entscheidungen in der Politik. Auch hängt es stark von Faktoren wie dem allgemeinen Bildungsstand, dem Grad der Einkommensungleichheit und der politischen Stabilität ab, wie schnell ein Land eine solche Krise bewältigt. Aber es gibt auch das Phänomen der Ansteckung: Wenn Nachbarländer oder Länder mit einer ähnlichen ökonomischen Struktur in die Krise geraten, reißen sie andere Länder mit, die dafür im Grunde gar nichts können.

Natürlich muss man dieses Bild von Globalisierung auch nuancieren. Die globalen Finanzmärkte haben nicht alle Länder erfasst, überhaupt hat die Globalisierung nicht alle Länder in gleicher Weise erfasst, denn die meisten Transaktionen spielen sich unter den reichen Ländern und zwischen diesen und den Schwellen-

ländern ab. Man kann beobachten, dass diejenigen Länder, die in den Globalisierungsprozess kaum einbezogen sind – wie vor allen Dingen Schwarzafrika südlich der Sahara, das nur wenige Direktinvestitionen erhält – relativ am schlechtesten geht. Am untersten Ende der Einkommenspyramide befinden sich diejenigen Länder – und zu denen gehört auch Afghanistan – die gar nicht den Anschluss an die Globalisierung finden, sondern weitgehend ausgeschlossen bleiben. Dabei spielen wiederum interne Faktoren eine große Rolle, jedoch auch die belastende Geschichte eines Kolonialismus, der die Strukturen in diesen Ländern häufig sehr massiv geprägt hat. Wir dürfen uns aber bei der Analyse der Globalisierung nicht nur auf die ökonomischen Phänomene beschränken, es ist recht nicht alleine auf die internationalen Finanzmärkte, obwohl hier viele Ursachen liegen. Es gilt, weitere Aspekte einzubeziehen:

b) Auswirkungen auf die Nationalstaaten

Globalisierung verändert auch die Rolle und die Bedeutung des Nationalstaates. Das ist wiederum für die Frage der militärischen Sicherheit von größerer Bedeutung. Nach innen wird die Funktion des Nationalstaates, nämlich die Funktion des Interessenausgleichs zwischen antagonistischen Gruppen und die Schaffung des „sozialen Friedens“ durch Minderung seiner ökonomischen Ressourcen und seines politischen Handlungsspielraums, stark eingeschränkt. Der Staat wird auf die Rolle eines körperschaftlichen Arrangeurs der Unterordnung aller Interessen unter die Konkurrenzbedingungen des Weltmarktes reduziert. Die Umsetzung der Ergebnisse von demokratischen Willensbildungsprozessen der Bürgerinnen und Bürger wird auf nationaler Ebene immer schwieriger, während auf der globalen Ebene für die notwendige Gestaltung des Prozesses kaum adäquate Institutionen vorhanden sind. Das globale Wirtschaftsgeschehen wird bestimmt von multinationalen Akteuren, die große Chancen haben, sich dem Zugriff nationaler Instanzen zu entziehen. Und ihr Erfolg kommt

nicht mehr selbstverständlich den Herkunftsländern zu gute: Unter dem internationalen Konkurrenzdruck und bei ständig wachsender Produktivität sind es gerade die erfolgreichen Unternehmen, die Arbeitsplätze in den Herkunftsländern abbauen, um ihre Konkurrenzfähigkeit durch Internationalisierung der Produktion zu steigern.

Auch für die Dritte Welt Länder gilt offenbar, dass der Staat im Verhältnis zu früheren Zeiten immer ohnmächtiger wird, was dann auch die Ohnmachts- und Minderwertigkeitsgefühle der dort lebenden Menschen zusätzlich verstärkt. Zusätzlich genährt werden diese Ohnmachts- und Minderwertigkeitsgefühle dann auch noch durch die Eliten in diesen Ländern, die nämlich, um sich selber von Schuld rein zu waschen, immer auf den Weltmarkt, den IWF, die Weltbank und die Multis zeigen, um Fehlentwicklung in ihrem eigenen Land zu erklären. Aber auch bei uns gerät durch den Globalisierungsprozess der Nationalstaat als gesellschaftsgestaltender Akteur in eine Krise und mit dem Nationalstaat der Wohlfahrtsstaat, der ja historisch an die Entstehung des Nationalstaates gebunden war. Der demokratische Nationalstaat wird auch bei uns machtloser gegenüber ökonomischen Entscheidungen und Entwicklungen, die die Bedingungen seines Handelns aber weit stärker bestimmen als früher.

Das zeigt sich z.B. auch in der Rolle von Nationalstaaten bei internationalen Verhandlungen. Nach außen treten die Staaten gegeneinander als Standortwettbewerber um Investitionen in Konkurrenz, was offenbar mehr und mehr notwendige einvernehmliche Regelungen erschwert. Unter dem Druck der Sicherung der eigenen Position verlieren die einzelnen Staaten mehr und mehr aus dem Blick, dass auch die internationale Konkurrenzsituation zu gestalten ist und dazu die einzelnen Staaten weltgemeinwohlorientiert zusammenwirken müssten. In diesem Spiel ist jeder Staat Partei: niemand kann eine neutrale Position einnehmen, auch nicht die immer von den Interessen der mächtigeren Staaten zunehmend stark beeinflussten internationalen Institutionen. Die USA haben das im Falle der Ablehnung des Kyoto-Pro-

tokolls unmittelbar nach dem Amtsantritt von George W. Bush eindrucksvoll vorgeführt.

Trotzdem wird mangels anderer Institutionen der Nationalstaat auf mittlere Sicht der wichtigste Akteur auf dem internationalen politischen Parkett bleiben, zudem der einzige, der über ein Minimum an demokratischer Legitimation verfügt und an den Gerechtigkeitsforderungen in erster Linie adressiert werden können.

Die veränderte Rolle des Nationalstaates hat natürlich auch Auswirkungen auf militärische Sicherheitskonzepte. Wir werden in Zukunft gezwungen sein, militärische Institutionen und Organisationen nicht nur an die Nationalstaaten, sondern auch an übernationale Institutionen anzubinden.

c) Konsequenzen für die Kultur

Nicht nur für den Bereich der Ökonomie und der Politik, auch für den Bereich der Kultur hat die Globalisierung Konsequenzen. Vielfach wird behauptet, sie führe unaufhaltsam zu einer standardisierten, vor allem von den USA geprägten Welt-einheitskultur. Das Schlagwort von der McDonaldisierung macht die Runde. Menschen fühlen sich deshalb auch in ihrer kulturellen Identität bedroht und lassen sich, wie wir erleben mussten, zu gewaltsamen Aktionen gegen die Symbole einer solchen kulturellen Hegemonie hinreißen.

Doch auch hier ist ein differenzierteres Bild notwendig. Die tatsächlich vorhandenen Ängste müssen auch ernst genommen werden. Ich vermute aber, dass die kulturelle Entwicklung nicht ganz so einseitig verlaufen wird. Die weltweite Verbreitung von Waren und die globalen Kommunikationsmöglichkeiten bringen natürlich die verschiedenen Kulturen in einen immer engeren Kontakt zueinander. Und auch hier gilt: Die Durchsetzungschancen unterschiedlicher kultureller Elemente sind unterschiedlich. Natürlich ist es auch so, dass das Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturen allein schon wegen der Verschiedenheit dieser Kulturen Menschen verunsichert und irritiert. Trotzdem muss es nicht unbedingt so sein, dass eine

Welteinheitskultur alle anderen Kulturen verdrängt, dass es nur so etwas gibt, wie eine kulturelle Invasion durch den Westen. Denn es kommt darauf an, wie diese Kultur von den Menschen angeeignet wird, wie sie diese in ihr eigenes Selbstverständnis integrieren bzw. durch welche Formen von Abgrenzung und Markierung von Differenzen sie ihre eigene Identität sogar im Kontakt zu anderen Kulturen profilieren können. Ob das gelingt, hängt dann davon ab, über welche Ressourcen sozialer, ökonomischer und intellektueller Art diese Menschen verfügen. Hier könnten wir sicherlich einiges tun, indem wir interkulturelle Kompetenz in anderen Ländern unterstützen und fördern.

Allerdings gibt es auch hier negative Entwicklungen. Unter Anderem führt der „brain drain“, also die Abwanderung vor allem gut ausgebildeter junger Menschen in die Zentren der Ersten Welt, in ihren Herkunftsländern zu einer intellektuellen und sozialen Verarmung. Trotzdem könnte man, wenn man Globalisierungsprozesse entsprechend steuern und gestalten würde, die Hoffnung haben, dass diese Aneignungs- und Widerstandspotenziale der Kulturen viel stärker sind, als man das auf den ersten Blick vermuten könnte, weil Kulturen eben in der Regel immer wieder kommunikativ reproduziert werden, anders als das substanzialistische Vorstellungen kultureller Identität nahe legen. Deshalb ruft die Globalisierung immer auch eine neue Entdeckung und Betonung des Eigenen, des Lokalen hervor, weshalb Ulrich Beck zu Recht das Kunstwort „Glokalisierung“ geprägt hat. Medien wie Fernsehen und Video, vor allem aber das Internet, können und werden sehr wohl auch zur Stabilisierung partikularer Kulturen genutzt, weil sie z.B. Migrantengruppen sehr viel leichter als früher den Kontakt untereinander und mit ihrer Heimat erleichtern. Das Internet ist ein ideales Medium für die Vernetzung räumlich disziplinierter Minderheitensklaven auf der ganzen Welt.

Selbstverständlich wird es kulturelle Elemente geben, die weltweit verstanden, vermarktet und konsumiert werden. Aber vermutlich wird dieser Prozess nicht den Gesamtbereich von Kultur erfassen und darf

nicht überbewertet werden. Er führt sicher dazu, dass wir kulturell mehrsprachig werden und werden müssen. Aber ist das negativ zu bewerten? Jedenfalls dürften weder die These einer umfassenden „McDonaldisierung“, auf die sich Globalisierungsgegner berufen, noch die Huntington'sche These vom „Clash of Civilizations“, also vom Zusammenstoß der Kulturen, zutreffen, auch wenn einige Terroristen einen solchen Zusammenstoß oder Kampf der Kulturen gerne heraufbeschwören möchten und vielleicht manche Mitglieder westlicher Gesellschaften in der Gefahr stehen, sich auf eine solche Zuspitzung einzulassen.

d) Was ist zu tun, wie kann dieser Globalisierungsprozess gestaltet werden?

Würde jede Nation nur ihren kurzfristigen Eigeninteressen folgen, hätte dies dramatische Auswirkungen auf diesen Planeten. Die heute schon extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich würden weiter wachsen. Die ökologische Stabilität der Erde würde gefährdet. Angesichts dieser Gefahren müssen die Grenzen des globalen Wettbewerbs deutlich gemacht werden. Reine Standortpolitik ohne internationale Abstimmung schadet letztlich allen. Und dasselbe gilt für eine allein auf nationale Sicherheit bezogene Sicherheitspolitik. Im Grunde bedarf es erstmals der fairen Aushandlung eines Weltgesellschaftsvertrages. In der dazu notwendigen „Weltinnenpolitik“ spielt zurzeit der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus eine wichtige Rolle. Vielleicht liegt darin auch eine Chance. Denn dieser Kampf kann nur gelingen, wenn die Anti-Terror-Koalition möglichst breit ist, was zu verstärkter internationaler Kooperation zwingt. Er wird aber auch nur dann zum Erfolg führen, wenn er über den militärischen Bereich hinausgeht und ergänzt wird durch Maßnahmen der Armutsbekämpfung, einer nachhaltigen Entwicklung für alle, einer Stärkung interkultureller Kommunikation möglichst überall und letztlich auch durch globale Ordnungspolitik. Letztere erscheint mir besonders wichtig, deswegen möchte ich darauf noch kurz eingehen.

Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene kann man davon ausgehen, dass sich Märkte spontan von selbst die Rahmenbedingungen schaffen, die sie brauchen, um ihre Funktion der Koordination der Wirtschaftssubjekte tatsächlich effektiv zu erfüllen. Wir erleben heute, dass sich mit den vielen weltweiten Wirtschaftskrisen ähnliche Schwierigkeiten wiederholen, vor die sich bereits die jungen Industrienationen des 19. Jahrhunderts mit ihrem Laissez-faire Liberalismus und der daraus resultierenden „Sozialen Frage“ gestellt sahen. Insbesondere am Beispiel der „Transformationsländer“ des ehemaligen Ostblocks zeigt sich deutlich, dass ohne Institutionen, die vor allem die Rechte wirtschaftlich Schwächerer schützen, „mafiose“ Wirtschaftsstrukturen entstehen, die man nicht mit Marktwirtschaften verwechseln darf.

Auf nationaler Ebene wird „Ordnungspolitik“ und zumindest minimaler sozialer Ausgleich inzwischen fast überall als notwendig erkannt. Aber auch hinsichtlich des Weltmarktes, der ähnlich durch eine Rahmenordnung ergänzt werden muss, gibt es in dieser Beziehung deutliche Lernprozesse. So hat die Weltbank schon in ihrem Weltentwicklungsbericht 1997 den Staat rehabilitiert und seine Funktion für die Herstellung öffentlicher Güter deutlich gemacht, dagegen liberale Vorstellungen eines „Minimalstaates“ zurückgewiesen. Sie besteht darauf, dass der Markt alleine ohne einen starken und effektiven Staat, ohne „Good Governance“, die Probleme nicht lösen wird. Auch auf internationaler Ebene ist eine gemeinsame Rahmenordnung im Sinne einer „Global Governance“ notwendig. Der Trend zu solchen Erkenntnissen wurde durch die Asienkrise und die sich daran anschließenden Wirtschaftskrisen in verschiedenen anderen Ländern weiter unterstützt.

Dass es eine globale Ordnungspolitik braucht, wird heute also von vielen im Prinzip akzeptiert. Umstritten bleiben natürlich – auch wissenschaftlich, nicht nur politisch – die konkreten Maßnahmen, die als notwendig erachtet werden. Um sie wird vor dem Hintergrund auch heterogener Interessen hart gekämpft. Dabei

sind viele Sachverhalte nicht so, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Über Handelsregeln abgesicherte hohe soziale Standards in den Entwicklungsländern beispielsweise, würden weniger den dort lebenden Armen, als den reichen Arbeitnehmern in den Industrieländern nützen, denn sie hätten massive protektionistische Wirkungen. Und selbst so etwas wie ein Verbot von Kinderarbeit könnte als isolierte Maßnahme problematisch sein, denn es würde diese Kinder entweder in Armut oder in wahrscheinlich dann illegale Arbeitsverhältnisse treiben, vielleicht sogar in die Kinderprostitution.

Deshalb muss jeder einzelne Problembereich genauer analysiert werden. Insgesamt – so kann man vielleicht sagen – geht es um einen wirklich gleichgewichtigen Abbau von Zollschranken, der auch die Waren der Entwicklungsländer einschließen muss, die Entwicklungsländer zu uns exportieren wollen. Es geht um die Absicherung von Direktinvestitionen, um den Schutz geistigen Eigentums, um sinnvolle Kapitalverkehrskontrollen. Es geht um eine Eindämmung panikartiger Reaktionen an den Börsen und es geht auch um eine wirkungsvolle und sinnvolle Steuerung von Migrationsströmen. Es geht um Minimalnormen hinsichtlich der notwendigen staatlichen Bankenaufsicht, der Freiheit der Gewerkschaften, des Arbeitsschutzes und des Umweltschutzes. Es geht um den Aufbau von nationalen Systemen sozialer Sicherheit auch in den Dritte-Welt-Ländern. Im Zuge der Globalisierung werden nicht nur Bürgerinnen und Bürger bei uns, sondern verstärkt auch Staaten der so genannten Dritten Welt weltwirtschaftlichen Risiken ausgesetzt, die diese Staaten durch entsprechende Maßnahmen auffangen können müssen. Ganze Regionen, Staaten und Volkswirtschaften gehen mit der Globalisierung Risiken ein, gegen die sich versichern müssen. Vielleicht wird eines Tages so etwas existieren, wie eine Sozialversicherung auf Weltebene.

e) Weltstaat oder „Global Governance“?

Doch selbst wenn klar wäre, welche Maßnahmen zur Regulierung des

Globalisierungsprozesses im Einzelnen notwendig und sinnvoll wären, bleibt offen, wer diese Maßnahmen ergreifen könnte. Brauchen wir dazu einen Weltstaat? Wo ist das Volk, das diesen Weltstaat bilden könnte und die Macht, die ihn kontrollieren würde? In welchem Verhältnis stünden dieser Weltstaat und die Nationalstaaten zueinander? Würde die Weltdemokratie nach dem Prinzip der UNO, also ein Land – eine Stimme, funktionieren, oder nach dem Prinzip der nationalen Demokratien: ein Mensch – eine Stimme. Bei letzterem Modell würde die Industrienationen weltweit nicht sehr viel zu sagen haben.

Auf mittlere Sicht ist der Wunsch nach einem wie auch immer ausgestalteten Weltstaat sicher eine Illusion. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob er die beste Lösung wäre. Deshalb muss man an den vorhandenen globalen Koordinationsinstanzen ansetzen und nach Kooperationen auf mittlerer Ebene suchen. Dies geschieht ja teilweise auch schon, denken sie nur an die vielen Welt-Konferenzen, UN-Konferenzen, an Aktivitäten des Weltsicherheitsrates, der Weltbank, des internationalen Währungsfonds usw. Die ständige Weiterentwicklung des Regelwerks dieser Institutionen wird heute zunehmend unter dem Begriff der „Global Governance“ verhandelt.

Durch die Arbeiten der noch auf eine Initiative von Willy Brandt zurückgehenden „Commission on Global Governance“ wird die Notwendigkeit weltweiter Koordination im Sinne globaler Regierungsfunktionen, die nicht unbedingt von einem Welteinheitsstaat erbracht werden müssen, eingebracht. „Global Governance“, am besten mit „Weltordnungspolitik“ übersetzt, bedeutet das Interagieren von Staaten-, Wirtschafts- und Zivilgesellschaft auf globaler Ebene mit dem Ziel, konsensfähige Lösungen für Weltprobleme zu finden.

Heute nach den Ereignissen vom 11. September erscheint „Global Governance“ umso dringlicher. Bei dieser „Erdpolitik“ ist jedoch darauf zu achten, dass der Ausbau internationaler Institutionen mit der Fortentwicklung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und der Bildung einer internationalen zivil-

gesellschaftlichen Weltöffentlichkeit einhergeht, damit sich diese neue Ebene politischer Macht nicht jeder Kontrolle entzieht.

Bei den meisten Menschen fehlt es jedoch heute noch an dem notwendigen Bewusstsein einer Verantwortung in der Mitgestaltung dieser globalen Verhältnisse. Bleibt die „Weltbürgerschaft“ unerreichbar, weil die Einzelnen in der vorhandenen Globalität das „Allgemeine“ nur als ein aufgesetztes, niemals als eine von ihnen mitgeschaffene, mitbestimmte und durch konkrete Lebenserfahrungen geformte Welt wahrnehmen können? Tatsächlich beruht „Globalisierung“ bis heute zunächst auf einer Systemintegration, nicht auf einer Integration durch Kommunikation zwischen Menschen. Weltweit treten Menschen miteinander in Kontakt, weil sie Waren, Dienstleistungen, Devisen tauschen, nicht indem sie sich über ihre gemeinsamen Ziele, die Abstimmung ihrer Interessen aufeinander oder die reziproke Anerkennung von Differenzen miteinander verständigen. Mit anderen Worten, wenn wir Global-Governance wollen, müssen wir eine globale Gesellschaft als Basis dafür erst schaffen. Der Weltgesellschaft mangelt es an Gesellschaftlichkeit.

Weltgesellschaft würde, wie bereits angedeutet, einen zumindest impliziten Gesellschaftsvertrag voraussetzen. Auch auf Weltebene muss nämlich Konkurrenz durch Kooperation in Bezug auf die Gestaltung des Rahmens der Konkurrenz hin erweitert werden. Eine nicht nur auf Marktmechanismen, sondern auf Kommunikation beruhende Globalisierung ist natürlich nur über ein System eines weltweiten Föderalismus erreichbar. Dieser würde auf Beziehungen zwischen den Staaten und regierungsamtlichen Organisationen beruhen, der durch eine Vereinigung und Vernetzung der Weltbürger selbst ergänzt werden müsste. Das würde bedeuteten, lokale und regionale Einheiten in ihrer Vielfalt zu erhalten oder sogar zu stärken. Die nationalstaatlichen Grenzen wären zu relativieren, ohne sie jedoch zu beseitigen. Diese Relativierung würde erst allmählich die weltweite Ungleichheit ausgleichen lassen. Koordinierende Dauerinstanzen wären

Erstmals nahmen zwei Offiziere des österreichischen Bundesheeres an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Korn teil: Major Andreas Eberle (l.) und Vizeleutnant Alexander Leitner (r.), hier beim Empfang im Stadtschloss mit OB Dr. Alois Riehl. Die beiden Offiziere sind Mitglieder des Arbeitskreises Katholischer Soldaten (AKS), der Schwester-Loienorganisation in der Militärseelsorge des Nachbarlandes.

zwischenstaatlich zu etablieren. Und die Nichtregierungsorganisationen sollten gestärkt werden, ohne sie in ihrer eigenständigen, auf freiwillige Hilfe angewiesenen Verfassung prinzipiell zu ändern.

Sie merken, welch ein utopisches Potential in solchen Äußerungen noch steckt, wie weit weg wir eigentlich davon sind, solche Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt ein paar wenige Beispiele, wo solche Nicht-Regierungs-Organisationen bereits Sinnvolles leisten, ich nenne nur die Kampagne „Erlassjahr 2000“, an denen die Kirchen ja sehr stark beteiligt waren. Diese Initiative hat in den Jahren 1999 und 2000 erheblich dazu beigetragen, dass es gewisse Fortschritte in Richtung eines Schuldenerlasses für die ärmsten Länder gegeben hat.

Es kann sein, dass letzten Endes die größte Hoffnung auf Veränderungen nicht im ethischen Diskurs liegt, sondern dass wir letzten Endes nur auf das wohlverstandene Eigeninteresse aller Menschen setzen können, weil es eben auch im Interesse der Reichen und Mächtigen liegt, dass es nicht zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, sozialen Katastrophen, weiterem Terrorismus und dramatisch fortschreitender Umweltzerstörung kommt.

III. Verantwortung des Christen

1997 ist ein gemeinsames Wort der Kirchen in Deutschland zu Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland erschienen. In diesem „Sozialwort“ ging es vorrangig um die Situation in Deutschland, aber es gab auch einige sehr interessante Passagen zum Thema der Globalisierung. Einer der wichtigsten Sätze des Sozialwortes lautet (Nr. 88): „Globalisierung ereignet sich nicht wie eine Naturgewalt, sie verlangt nach politischer Gestaltung.“ In dem bemerkenswerten Versuch, einen „Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ zu formulieren, wird in diesem Sozialwort für die nationale Ebene anstelle einer „Marktwirtschaft pur“ eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ gefordert, die sowohl der sozialen Gerechtigkeit, wie im Blick auf die Umwelt der Forderung der Nachhaltigkeit entsprechen muss. Dieser Gedanke einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ wird dann auch auf die weltweiten Zusammenhänge übertragen. Im Kapitel zur internationalen Verantwortung werden die Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auf die Weltwirtschaft angewendet. Es geht darum,

„die internationale Entwicklung unter den Primat der Politik zu bringen und einen Ordnungsrahmen mit wirksamen Sanktionen und Instrumenten zu schaffen.“ (Nr. 241)

Dieses Sozialwort verlangt von Deutschland als einem besonders ökonomisch und auch politisch wichtigen Land, globale Verantwortung mitzutragen. Dies bedeutet, so heißt es im Sozialwort, und das ist eine sehr starke Forderung: dass „alle nationalen Entscheidungen auch aus der Sicht dieser einen Welt zu treffen sind.“ In einer anderen Passage wird interessanter Weise auch von der Identität der Bundesrepublik Deutschland her argumentiert: „Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer sozial- und umweltpolitischen Erfahrungen, ihrer im Grundgesetz verankerten politischen Überzeugungen und der eingegangenen europäischen Bindungen in besonderer Weise verpflichtet, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um diesen Grundsätzen auch international zum Durchbruch zu verhelfen.“ (Nr. 165)

Damit ist anhand dieses Textes exemplarisch klar gestellt, dass – jedenfalls so wie die christlichen Kirchen in Deutschland es verstehen – jeder Christ Weltverantwortung zu übernehmen hat. Dies wird nicht mehr so wie früher nur aus der Gegenüberstellung von Kirche und Welt formuliert, sondern stellt heute auch unter der Rücksicht einer globaler gewordenen Welt eine komplexere und eine sehr viel umfassendere Aufgabe dar. Weltverantwortung kann heute nur heißen: Verantwortung für die Welt als Ganzes, für den Globalisierungsprozess.

Es ist ja eigentlich schon lange keine Frage mehr, dass die Hoffnung auf ein jenseitiges Leben uns Christen nicht davon ablenkt, schon heute Verantwortung in dieser Welt zu übernehmen. Das hat damit zu tun, dass die Hoffnung auf einen menschenfreundlichen Gott, wie wir sie verkünden und leben wollen, sich nicht anders bezeugen lässt, als durch eine Praxis, die dieses Zeugnis auch verkörpert, als durch eine Praxis, die selbst eine Praxis der Menschenfreundlichkeit, der Nächstenliebe, der Anerkennung der Freiheit des Anderen, der Gerechtigkeit ist.

Christlicher Glaube ist nicht in erster Linie ein Für-Wahr-Halten bestimmter Sätze, sondern ist ein Handeln und ein Zeugnis für den menschenfreundlichen Gott im Handeln. Das betrifft die Praxis aller Christen und alle Praxis von Christen, in der Familie, in der Freizeit, im Beruf und im politischen Handeln. Keineswegs kann die Verantwortung von Christen einfach durch die Verantwortung von Amtsträgern in den christlichen Kirchen wahrgenommen werden.

Auch die Amtskirche hat natürlich das Evangelium zu verkörpern, aber z.B. gerade im politischen Bereich gibt es durchaus Differenzen zwischen dem politischen Engagement einzelner Christen, christlicher Vereine und Gruppen und der Amtskirche. Auch für den Bereich gesellschaftlicher Verantwortung gilt: Die Amtskirche ist nichts ohne das Engagement des Volkes Gottes, d.h. der Laien (der Begriff Laie kommt ja vom Griechischen *laos* = Volk).

Damit diese Praxis nicht blind ist, bedarf sie der Rückbindung an eigene religiöse Überzeugungen, an die eigene religiöse Tradition und eine Verstärkung durch diese. Sonst würden wir uns durch solch eine Praxis in eine Anonymität begeben und als Christen nicht mehr erkennbar sein.

Wenn wir diese Rückbindung vollziehen, können wir in unserer eigenen Tradition besonders wertvolle Ressourcen entdecken, die uns in dieser Praxis von Menschenfreundlichkeit, Gerechtigkeit und Liebe unterstützen. So können wir z.B. hinsichtlich des Globalisierungsprozesses in unserer eigenen Tradition diesen ausgesprochen wertvollen Gedanken der Gottebenbildlichkeit aller Menschen entdecken. Alle Menschen sind eben Geschöpfe und Kinder Gottes. Darin sind sie alle gleich. Und diese Gleichheit aller Menschen als Kinder Gottes ist letztlich sehr viel wichtiger als alle Unterschiede zwischen ihnen, Unterschiede der Bildung, der ökonomischen Ausstattung, der Rasse, der Religion, der Kultur. Deshalb müssen wir als Christen von einer Menschheitsfamilie sprechen. Wir müssen uns klar sein, dass wir auf dieser Erde alle Menschen zur einer großen Familie, in theologischer Sprache, zur

Familie der Kinder Gottes gehören.

Das Christentum war selbst dieser Tradition und diesen Grundgedanken nicht immer treu. Aber wenn es ihnen treu war, dann gab es große Fortschritte der Menschlichkeit, z.B. in der Anerkennung der Rechte der Indios in Amerika oder in der Abschaffung der Sklaverei. Wenn wir an den Ursprung des Christentum zurückgehen, in die ersten Jahrhunderte einer christlichen Kirche, die in einer heidnischen Umwelt im römischen Reich gelebt hat, dann können wir auch im Evangelium selbst Elemente entdecken, die Verständigung gesucht haben mit den unterschiedlichen Kulturen, die es im römischen Reich gegeben hat, mit den unterschiedlichen Philosophien, die es gegeben hat. Denken sie nur an Texte von Kirchenvätern aus der Zeit der ersten Jahrhunderte. Hier zeigt sich eine sehr große Offenheit, des frühen Christentums, für alle Kulturen eine sehr hohe Dialogbereitschaft und „Pluralitätskompetenz“.

Aber wie können wir solche Ressourcen heute in eine Welt hinein übersetzen, die diese christliche Tradition kaum mehr kennt, wo auch immer weniger Menschen sich zu ihr bekennen? Natürlich wird in einer solchen Situation der Pluralität unserer eigener Glaube für den anderen hinsichtlich moralischer Fragen kein schlagendes Argument sein. Wir können auch nicht abwarten, bis wir den anderen von unserer eigenen religiösen Position überzeugt haben, um dann mit ihm einen Konsens in Bezug auf die Gestaltung von Gesellschaft zu finden. Solche Versuche einer Missionierung wären sogar kontraproduktiv. Was wir leisten müssen ist, den existierenden Pluralismus anzuerkennen und trotzdem Wege der Verständigung zu suchen. Es muss uns gelingen, mit Blick auf Angehörige anderer Religionen und mit Blick auf Menschen, die nicht religiös sind, trotzdem an gemeinsamen moralischen Überzeugungen zu arbeiten, um zu versuchen, sie mit allgemein menschlicher Vernunft zu begründen. Und zwar so, dass sie trotzdem noch kompatibel bleiben, einerseits zu unseren eigenen religiösen Überzeugungen und andererseits zu den religiösen Überzeugungen der anderen.

Von großem Wert sind die Kommunikationsmöglichkeiten, die sich bei Empfängen bieten und oft unkomplizierte Problemlösungen ermöglichen.

Im Gespräch v.l.: OB Dr. Alois Riehl, Militärbischof Dr. Walter Mixa, GKS-Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, Schirmherr der Akademie Generalmajor Karl-Heinz Lather und der Bischof von Fulda Heinz Josef Algermissen

Dabei ist es durchaus legitim, wenn wir unsere eigenen religiösen Überzeugungen in das Gespräch einbringen und auf die der anderen hören, solange sie nur die unterschiedlichen Geltungsansprüche von Moral und Religion unterscheiden. Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass wir uns in Fragen einer grundlegenden gemeinsamen Moral tatsächlich verständigen und einigen müssen, während wir in Fragen unseres religiösen Selbstverständnisses anerkennen können, dass andere ein anderes Selbstverständnis haben. Mit dieser Spannung und mit dieser Polarität müssen wir umgehen lernen und manchmal wird es in diesem Prozess auch nötig sein, die eigenen religiösen Überzeugungen kritisieren zu lassen und weiter zu entwickeln.

Mit diesem Prozess ist natürlich eine Zumutung verbunden, eine Zumutung gegenüber allen Menschen, die ein religiöses Bekenntnis haben. Es wird allen Religionen durch den Globalisierungsprozess ein Reflexionsschub zugemutet. Als Angehörige einer Kultur, die in diesem Prozess der Modernisierung sehr weit vorangeschritten sind, bringen wir vielleicht gewisse Vorteile mit, um diesen Reflexionsschub zu bewältigen. Deshalb denke ich, ist es Aufgabe von Christen, auch andere Religionen bei der Bewältigung dieses Reflexionsschubes zu unterstützen.

Das geht natürlich nur, wenn wir ein hohe Sensibilität ausbilden für andere Religionen, für die Probleme, die andere Religionen mit dem Globalisierungsprozess haben, und wenn wir bereit sind zu einem interreligiösen Dialog, der auch unsere Position letzten Endes zur Diskussion stellt.

Darüber hinaus müssten wir versuchen, unsere eigene Tradition auch in die Semantik unserer spätmodernen Gesellschaft hinein zu übersetzen, also so etwas wie Inkulturationsversuche zu unternehmen. Wenn uns das gelingt, dann könnte auch für unsere Zeitgenossen verständlich werden, welche großartigen Potenziale in religiösen Traditionen stecken und was verloren geht, wenn diese religiöse Sprache und religiösen Begriffe nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn uns diese Inkulturation gelänge, wäre sie auch eine exemplarische Leistung, die den bedrängten nicht-christlichen Religionen in nicht westlichen Ländern eine Hilfe in ihrer eigenen Identitätsentwicklung im Kontext moderner Gesellschaft sein könnte.

Jürgen Habermas hat anlässlich der Verleihung des Friedenspreise des deutschen Buchhandels gerade in dieser Hinsicht einige sehr interessante Äußerungen getan. Habermas sagt von sich, er sei religiös unmoralisch und könne nicht glauben, was die religiöse Sprache sagt. Aber interessanterweise möchte er an dem festhalten, was mit ihr gemeint ist: „Dass der Gott, der die Liebe ist, in Adam und Eva (freie Wesen schafft, die ihm gleichen, muss man nicht glauben, um zu verstehen, was mit Ebenbildlichkeit gemeint ist. Diese Geschöpflichkeit des Ebenbildes drückt eine Intuition aus, die auch dem religiös Unmusikalischen,

zu denen ich mich rechne, etwas sagen kann.“

Jürgen Habermas rechnet also damit, dass es in den religiösen Traditionen bestimmte Potenziale gibt, die sich nicht einfach in eine säkulare philosophische Sprache transformieren lassen, ohne dass etwas dabei verloren geht. Wenn es gelingt, eine solche Grundhaltung auch unter den Menschen herbeizuführen, die religiös unmusikalisch sind, dann glaube ich, fühlen sich auch nicht-christliche Religionen, die sich derzeit sehr stark in der Defensive befinden, nicht mehr so stark bedrängt und lassen sich vielleicht auf einen intensiveren Dialog mit unserer modernen Gesellschaft ein.

Wenn es gelänge, innerhalb unserer säkularisierten Moderne, auf solche Weise zumindest die Sensibilität für die Humanitätspotenziale zu schärfen, die die Religionen mit sich führen, wäre auch ein interreligiöser Dialog möglich, der sich nicht in einer Nische dieser säkularisierten Moderne zu verstecken bräuchte, sondern einen Beitrag leistete zur Beantwortung der Frage, wie wir alle heute als Menschen leben wollen. Die dadurch erzielte Anerkennung auch nicht-christlicher Religionen wäre mehr, als nur ein erwünschter Nebeneffekt, sondern ein Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.

(leicht überarbeitete Tonbandniederschrift des mündlichen Vortrags)